

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Grafische Darstellungen und Schemata	19
Wichtige Texte und Quellen	20
Verzeichnis spezifischer Abkürzungen	21
Literaturempfehlungen zur Vertiefung	23
1. TEIL DIE BEDEUTUNG DES AUSLÄNDER- UND ASYLRECHTS IN DEUTSCHLAND	
§ 1 Die Ein- und Auswanderung in der deutschen Geschichte	26
§ 2 Die normative Verflechtung von Ausländer- und Asylrecht	29
I. Der Staatsbegriff als Grundlage des Ausländerrechts	29
II. Der Regelungsbereich des Ausländerrechts	30
III. Der Regelungsbereich des Asylrechts	32
2. TEIL DIE GRUNDLINIEN DES AUSLÄNDERRECHTS IN DEUTSCHLAND	
§ 3 Der Aufbau, der Geltungsbereich und die Ziele des Aufenthaltsgesetzes	35
I. Der Aufbau des Aufenthaltsgesetzes	35
II. Der Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes	35
§ 4 Die Regelungen für die Einreise und den Aufenthalt eines Ausländers	38
I. Die Bedeutung von Visum und Aufenthaltserlaubnis	38
II. Die Erteilungsvoraussetzungen für Visum und Aufenthaltserlaubnis	40
III. Die Aufenthaltsw Zwecke für Visum und Aufenthaltserlaubnis	43
IV. Das Verwaltungsverfahren zur Erteilung von Visum und Aufenthaltserlaubnis	65
V. Der Rechtsschutz im Visum- oder Aufenthaltserlaubniserteilungsverfahren	70
VI. Die Integration von Ausländern im Bundesgebiet	76
VII. Die weiteren Pflichten von Ausländern im Bundesgebiet	78
§ 5 Die Regelungen für die Beendigung des Aufenthalts eines Ausländers	81
I. Die Ausreisepflicht nach § 50 Abs. 1 AufenthG	81
II. Das Erlöschen des Aufenthaltstitels nach § 51 Abs. 1 AufenthG	81
III. Die Ausweisung nach §§ 53 ff. AufenthG	85
IV. Die Überwachung der Ausreise nach § 56 AufenthG	94
V. Die Durchsetzung der Ausreise nach §§ 57 ff. AufenthG	95
VI. Die Verhinderung der Wiedereinreise nach § 11 AufenthG	118
	7

VII. Der Rechtsschutz gegen Ausweisungen mit Nebenentscheidungen	121
§ 6 Die Sonderregelungen für freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger	125
I. Die Rechtsstellung von Unionsbürgern, ihren Familienangehörigen und nahestehenden Personen	125
II. Die Aufenthaltsbeendigung von Unionsbürgern, Familienangehörigen und nahestehenden Personen	137
III. Die Rechtsstellung britischer Staatsangehöriger vor und nach dem „Brexit“	142
§ 7 Die Sonderregelungen für assoziationsberechtigte türkische Staatsbürger	147
I. Die Einreise und der Aufenthalt von Assoziationsberechtigten	147
II. Die Aufenthaltsbeendigung von Assoziationsberechtigten	152
3. TEIL DIE GRUNDLINIEN DES ASYLRECHTS IN DEUTSCHLAND	
§ 8 Das Asylrecht i.w.S. im Vergleich zum Ausländerrecht	154
I. Die Enttäuschungen durch das Asylrecht i.w.S.	154
II. Die Begriffe des Asylbewerbers, des Asylverfahrens und des Asylrechts	157
§ 9 Der vierteilige Asylantrag i.w.S. nach § 13 AsylG	159
I. Die Anerkennung als Asylberechtigter nach Art. 16a GG	159
II. Die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach §§ 3 ff. AsylG	173
III. Die Zuerkennung subsidiären Schutzes nach § 4 AsylG	179
IV. Die Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG	188
V. Die ablehnende Asylentscheidung und der Rechtsschutz hiergegen	192
VI. Die Berücksichtigung von Veränderungen der Sach- oder Rechtslage	201
§ 10 Das formelle Asylverfahren	210
I. Die Einreise und der Aufenthalt zum Asylverfahren	210
II. Der Ablauf des Asylverfahrens	223
III. Die Besonderheiten des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens in Asylsachen	245
§ 11 Die Perspektiven des deutschen und europäischen Asylsystems	254
Literaturverzeichnis	259
Stichwortverzeichnis	261

Inhalt

Vorwort	5
Grafische Darstellungen und Schemata	19
Wichtige Texte und Quellen	20
Verzeichnis spezifischer Abkürzungen	21
Literaturempfehlungen zur Vertiefung	23

1. TEIL DIE BEDEUTUNG DES AUSLÄNDER- UND ASYLRECHTS IN DEUTSCHLAND

§ 1 Die Ein- und Auswanderung in der deutschen Geschichte	26
§ 2 Die normative Verflechtung von Ausländer- und Asylrecht	29
I. Der Staatsbegriff als Grundlage des Ausländerrechts	29
II. Der Regelungsbereich des Ausländerrechts	30
III. Der Regelungsbereich des Asylrechts	32

2. TEIL DIE GRUNDLINIEN DES AUSLÄNDERRECHTS IN DEUTSCHLAND

§ 3 Der Aufbau, der Geltungsbereich und die Ziele des Aufenthaltsgesetzes	35
I. Der Aufbau des Aufenthaltsgesetzes	35
II. Der Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes	35
1. Der sachliche Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes	35
2. Der personelle Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes	36
§ 4 Die Regelungen für die Einreise und den Aufenthalt eines Ausländers	38
I. Die Bedeutung von Visum und Aufenthaltserlaubnis	38
1. Die Rechtsnatur von Visum und Aufenthaltserlaubnis	38
2. Die Arten von Visum und Aufenthaltserlaubnis	38
a) Der räumliche Geltungsbereich von nationalem Visum und Schengen-Visum	38
b) Die zeitliche Geltungsdauer von Visum und Aufenthaltserlaubnis	39
c) Die Beschränkung von Visum und Aufenthaltserlaubnis durch Nebenbestimmungen	40
d) Die europarechtlichen Sonderformen der Aufenthaltserlaubnis	40
II. Die Erteilungsvoraussetzungen für Visum und Aufenthaltserlaubnis	40
1. Die Voraussetzung eines gesicherten Lebensunterhalts	41
2. Die Voraussetzungen der geklärten Identität und des Passbesitzes	41
3. Der Ausschluss einer Erteilung wegen eines Ausweisungs- oder sonst entgegenstehenden öffentlichen Interesses	42
4. Die Einreise mit dem erforderlichen Visum	42

III. Die Aufenthaltsw Zwecke für Visum und Aufenthaltserlaubnis	43
1. Der Aufenthaltsw Zweck der Aus- und Fortbildung	43
a) Der Aufenthalt zum Studium nach § 16b AufenthG	44
aa) Die studienbezogenen Beschränkungen	44
bb) Die arbeitsmarktbezogenen Beschränkungen	45
b) Der Aufenthalt zur betrieblichen Aus- und Fortbildung nach § 16a AufenthG	45
c) Der Aufenthalt zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen nach § 16d AufenthG	45
2. Der Aufenthaltsw Zweck zur Erwerbstätigkeit nach §§ 18 ff. AufenthG	46
a) Die Aufenthaltserlaubnis zur unselbstständigen Erwerbstätigkeit nach § 18, § 18a und § 18b AufenthG	48
b) Die Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Geduldete zur unselbstständigen Erwerbstätigkeit nach § 19d AufenthG	49
c) Die Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte nach § 18c AufenthG	50
d) Die Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsplatzsuche für Fachkräfte nach § 20 AufenthG	50
e) Die Blaue Karte EU nach § 18b Abs. 2 AufenthG und die ICT-Karten nach § 19 ff. AufenthG	50
f) Die Aufenthaltserlaubnis für ausländische Forscher nach § 18d AufenthG	51
g) Die Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit nach § 21 AufenthG	52
3. Der völkerrechtliche, humanitäre oder politische Aufenthaltsw Zweck	52
a) Die humanitäre Aufnahme von Ausländern nach § 22, § 23 und § 24 AufenthG	53
b) Die Aufenthaltserlaubnis in Härtefällen nach § 23a AufenthG	53
c) Die ausländerrechtliche Umsetzung asylrechtlicher Entscheidungen und besonderer Härtefälle nach § 25 AufenthG	54
aa) Die Aufenthaltserlaubnis für Asyl- und international Schutzberechtigte	55
bb) Die Aufenthaltserlaubnis bei Vorliegen eines nationalen Abschiebungsverbots	55
cc) Die Aufenthaltserlaubnis bei besonderen Interessenlagen und für Opfer von Straftaten	56
dd) Die Aufenthaltserlaubnis für geduldete Ausländer	56
d) Die Altfallregelungen nach § 25a, § 25b und § 104a AufenthG	57
4. Der Aufenthaltsw Zweck des Ehegatten- und Familiennachzugs	58
a) Die Begriffe von Ehe und Familie in § 27 AufenthG	59
b) Der Ehegatten- und Familiennachzug zu Deutschen nach § 28 AufenthG	60
c) Der Familiennachzug zu Ausländern nach § 29 AufenthG	61
d) Der Ehegattennachzug zu Ausländern nach § 30 und § 31 AufenthG	61
e) Der Kindesnachzug zu Ausländern nach §§ 32 ff. AufenthG	63
f) Der Nachzug sonstiger ausländischer Familienangehöriger nach § 36 und § 36a AufenthG	63

IV.	Das Verwaltungsverfahren zur Erteilung von Visum und Aufenthaltserlaubnis	65
1.	Die Zuständigkeit der Ausländerbehörden	65
a)	Die sachliche Zuständigkeit der Ausländerbehörden	65
b)	Die örtliche und instanzielle Zuständigkeit der Ausländerbehörden	66
2.	Die Besonderheiten des ausländerrechtlichen Verwaltungsverfahrens	67
a)	Das Antragsverfahren	67
b)	Die behördliche Amtsermittlungspflicht und die persönliche Mitwirkungspflicht	68
c)	Die Anhörung des Ausländers	69
3.	Die Form der Erteilung von Visum und Aufenthaltserlaubnis	70
V.	Der Rechtsschutz im Visum- oder Aufenthaltserlaubniserteilungsverfahren	70
1.	Die Besonderheiten der Verpflichtungsklage zur Durchsetzung eines Visum- oder Aufenthaltserlaubnisanpruchs	71
a)	Die Zulässigkeit dieser Verpflichtungsklage	71
b)	Die Begründetheit dieser Verpflichtungsklage	72
c)	Das Kostenrisiko dieser Verpflichtungsklage	73
d)	Der Klageantrag dieser Verpflichtungsklage	74
e)	Der Eilrechtsschutz zur Durchsetzung eines Visum- oder Aufenthaltserlaubnisanpruchs	74
2.	Die Anfechtungsklage gegen eine belastende und abtrennbare Nebenbestimmung zu Visum oder Aufenthaltserlaubnis	75
a)	Die Zulässigkeit dieser Anfechtungsklage	75
b)	Die Begründetheit dieser Anfechtungsklage	75
c)	Das Kostenrisiko dieser Anfechtungsklage	76
d)	Der Klageantrag dieser Anfechtungsklage	76
e)	Der Eilrechtsschutz gegen eine belastende und abtrennbare Nebenbestimmung zu Visum oder Aufenthaltserlaubnis	76
VI.	Die Integration von Ausländern im Bundesgebiet	76
1.	Der Integrationskurs nach § 43 AufenthG	77
2.	Die Berechtigung und die Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs nach § 44 und § 44a AufenthG	77
VII.	Die weiteren Pflichten von Ausländern im Bundesgebiet	78
1.	Die Verpflichtung zur Passbeschaffung nach § 48 Abs. 3 AufenthG	78
a)	Das Problem des fehlenden Passes	79
b)	Die Verpflichtung zur Passbeschaffung	79
2.	Die Verpflichtung zur Identitätsklärung nach § 49 AufenthG	80
§ 5	Die Regelungen für die Beendigung des Aufenthalts eines Ausländers	81
I.	Die Ausreisepflicht nach § 50 Abs. 1 AufenthG	81
II.	Das Erlöschen des Aufenthaltstitels nach § 51 Abs. 1 AufenthG	81
1.	Das Erlöschen in Folge einer Nebenbestimmung nach § 51 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 AufenthG	81
2.	Das Erlöschen in Folge einer Rücknahme, eines Widerrufs oder einer Ausweisung nach § 51 Abs. 1 Nr. 3, Nr. 4 oder Nr. 5 AufenthG	82
3.	Das Erlöschen in Folge einer Ausreise nach § 51 Abs. 1 Nr. 6 und Nr. 7 AufenthG	83
4.	Die Erledigung aus anderen Gründen	83
5.	Die Form der Erlöschenswirkung	84

6.	Der Rechtsschutz gegen ein Erlöschen	84
a)	Die Zulässigkeit dieser Feststellungsklage	84
b)	Die Begründetheit dieser Feststellungsklage	85
c)	Das Kostenrisiko dieser Feststellungsklage	85
d)	Der Eilrechtsschutz gegen eine Erlöschensfeststellung	85
III.	Die Ausweisung nach §§ 53 ff. AufenthG	85
1.	Die Ausweisung als sicherheitsrechtliche Präventivmaßnahme	85
2.	Das System der Ausweisung	86
3.	Die Ausweisungsregelung des § 53 AufenthG	86
a)	Der Ausweisungsanlass nach § 53 Abs. 1 AufenthG	87
b)	Die Abwägung nach § 53 Abs. 1 und Abs. 2 AufenthG	88
c)	Die Einschränkungen der Ausweisung nach § 53 Abs. 3 und Abs. 4 AufenthG	89
d)	Die gerichtliche Überprüfung der Ausweisungsentscheidung	90
4.	Das öffentliche Ausweisungsinteresse nach § 54 AufenthG	91
a)	Die besonders schwer wiegenden öffentlichen Belange nach § 54 Abs. 1 AufenthG	91
b)	Die schwer wiegenden öffentlichen Belange nach § 54 Abs. 2 AufenthG	92
5.	Das private Verbleibeinteresse des Ausländers nach § 55 AufenthG	93
a)	Die besonders schwer wiegenden privaten Belange nach § 55 Abs. 1 AufenthG	93
b)	Die schwer wiegenden privaten Belange nach § 55 Abs. 2 AufenthG	94
IV.	Die Überwachung der Ausreise nach § 56 AufenthG	94
V.	Die Durchsetzung der Ausreise nach §§ 57 ff. AufenthG	95
1.	Die Zurückschiebung nach § 57 AufenthG	95
2.	Die Abschiebung nach § 58 AufenthG	96
a)	Die allgemeinen Abschiebungsvoraussetzungen des § 58 AufenthG	97
aa)	Die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht nach § 58 Abs. 2 AufenthG	98
bb)	Die Überwachung der Ausreise nach § 58 Abs. 3 AufenthG	100
b)	Die Abschiebungsbeschränkungen des § 58 Abs. 1a und Abs. 1b AufenthG	100
3.	Die Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG	101
4.	Die Abschiebungsandrohung nach § 59 AufenthG	101
5.	Die Abschiebungsverbote und Abschiebungshindernisse nach § 60 AufenthG	103
a)	Die Arten von Abschiebungshindernissen	103
b)	Die Regelung von Abschiebungsverboten in § 60 AufenthG	105
6.	Die Duldung nach § 60a AufenthG	105
a)	Die Funktion der Duldung nach § 60a Abs. 2 AufenthG	106
b)	Die allgemeine Duldung nach § 60a AufenthG	106
c)	Die Duldung für Personen mit ungeklärter Identität nach § 60b AufenthG	107
d)	Die Ausbildungsduldung nach § 60c AufenthG	108
e)	Die Beschäftigungsduldung nach § 60d AufenthG	114
f)	Die Bewährungsduldung nach § 60a Abs. 2 AufenthG	115
g)	Die weiteren Folgen einer Duldung nach § 61 AufenthG	116
h)	Die Abschiebungshaft nach § 62 und § 62a AufenthG	116

	i) Der Ausreisegewahrsam nach § 62b AufenthG	118
VI.	Die Verhinderung der Wiedereinreise nach § 11 AufenthG	118
	1. Das gewillkürte Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 Abs. 1 bis Abs. 6 AufenthG	118
	2. Das gewillkürte Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 Abs. 7 AufenthG	120
VII.	Der Rechtsschutz gegen Ausweisungen mit Nebenentscheidungen	121
	1. Die Anfechtungsklage gegen Ausweisung und Ausreiseaufforderung	121
	a) Die Zulässigkeit dieser Anfechtungsklage	122
	b) Die Begründetheit dieser Anfechtungsklage	122
	c) Das Kostenrisiko dieser Anfechtungsklage	123
	d) Der Klageantrag dieser Anfechtungsklage	123
	2. Die Verpflichtungsklage auf nachträgliche Verkürzung des Einreise- und Aufenthaltsverbots	123
	a) Die Zulässigkeit dieser Verpflichtungsklage	123
	b) Die Begründetheit dieser Verpflichtungsklage	123
	c) Das Kostenrisiko dieser Verpflichtungsklage	123
	3. Der Eilrechtsschutz gegen den Sofortvollzug der Ausweisung	124
§ 6	Die Sonderregelungen für freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger	125
I.	Die Rechtsstellung von Unionsbürgern, ihren Familienangehörigen und nahestehenden Personen	125
	1. Die Freizügigkeit von Unionsbürgern	127
	a) Die materielle Freizügigkeit	127
	b) Die formellen Regelungen für die Freizügigkeit	128
	2. Die Rechtsstellung der Familienangehörigen von Unionsbürgern	129
	a) Die materielle Rechtsstellung der Familienangehörigen	129
	b) Die formellen Regelungen für Familienangehörige	130
	c) Der Familiennachzug in „Rückkehrerfällen“ und „Einbürgerungsfällen“	131
	d) Der Familiennachzug in „Trennungsfällen“	132
	3. Die Rechtsstellung nahestehender Personen von Unionsbürgern nach § 3a FreizügG/EU	134
II.	Die Aufenthaltsbeendigung von Unionsbürgern, Familienangehörigen und nahestehenden Personen	137
	1. Die Feststellung des Nichtbestehens des Einreise- und Aufenthaltsrechts eines Unionsbürgers und seiner Familienangehörigen	138
	2. Die Feststellung des Verlusts des Einreise- und Aufenthaltsrechts eines Unionsbürgers und seiner Familienangehörigen	139
	3. Die Anfechtungsklage gegen die unionsrechtliche Feststellung des Freizügigkeitsverlusts des Unionsbürgers und seiner Familienangehörigen	140
	a) Die Zulässigkeit dieser Anfechtungsklage	140
	b) Die Begründetheit dieser Anfechtungsklage	141
	c) Das Kostenrisiko dieser Anfechtungsklage	141
	d) Der Klageantrag dieser Anfechtungsklage	141
	4. Die Überprüfung des Einreise- und Aufenthaltsrechts nahestehender Personen	141
III.	Die Rechtsstellung britischer Staatsangehöriger vor und nach dem „Brexit“	142
	1. Die Rechtsstellung bisher freizügigkeitsberechtigter Briten („Alt-Briten“)	143

2.	Die Rechtsstellung der Familienangehörigen bisher freizügigkeitsberechtigter Briten („Alt-Briten“)	145
3.	Die Rechtsstellung neu ins Unionsgebiet einreisender Briten („Neu-Briten“) und ihrer Familienangehörigen	145
§ 7	Die Sonderregelungen für assoziationsberechtigte türkische Staatsbürger	147
I.	Die Einreise und der Aufenthalt von Assoziationsberechtigten	147
1.	Die Rechtsstellung des Arbeitnehmers nach Art. 6 ARB 1/80	148
2.	Die Rechtsstellung der Familienangehörigen nach Art. 7 ARB 1/80	149
3.	Die Besonderheiten des „Stand Still“ nach Art. 13 ARB 1/80 und Art. 41 ZP	150
II.	Die Aufenthaltsbeendigung von Assoziationsberechtigten	152
1.	Die Besonderheiten einer Ausweisung Assoziationsberechtigter	152
2.	Der Verlust des assoziationsrechtlichen Aufenthaltsrechts durch Erlöschen	152
3. TEIL DIE GRUNDLINIEN DES ASYLRECHTS IN DEUTSCHLAND		
<hr/>		
§ 8	Das Asylrecht i.w.S. im Vergleich zum Ausländerrecht	154
I.	Die Enttäuschungen durch das Asylrecht i.w.S.	154
II.	Die Begriffe des Asylbewerbers, des Asylverfahrens und des Asylrechts	157
§ 9	Der vierteilige Asylantrag i.w.S. nach § 13 AsylG	159
I.	Die Anerkennung als Asylberechtigter nach Art. 16a GG	159
1.	Der Schutzbereich des Grundrechts auf Asyl	159
a)	Die geschichtliche Dimension des Asyls	159
b)	Der Anspruch auf Asylanerkennung	161
2.	Der Begriff des politisch Verfolgten	162
a)	Die von Verfolgung bedrohten Rechtsgüter	162
b)	Die zurechenbare Verfolgungshandlung	163
c)	Das Politische einer Verfolgung	164
d)	Der Begriff des Verfolgers	164
e)	Der Zeitpunkt der Verfolgung – die Vor- oder Nachfluchtgründe	165
f)	Der Ort der Verfolgung – die innerstaatliche Fluchtalternative	166
g)	Die Einzel- oder Gruppenverfolgung	166
h)	Die prozessuale Durchsetzung des Asylgrundrechts	166
3.	Die Schranken des Asylgrundrechts nach Art. 16a Abs. 2 und Abs. 3 GG	167
a)	Das Konzept der normativen Vergewisserung	167
b)	Die sicheren Drittstaaten nach Art. 16a Abs. 2 GG i.V.m. § 26a AsylG	167
aa)	Die tatsächlichen Grenzen der Drittstaatenregelung	168
bb)	Der Sonderfall der Einreise auf unbekanntem Weg	169
cc)	Die Antragsablehnung nach § 26a Abs. 1 Satz 1 AsylG	170
c)	Die sicheren Herkunftsstaaten nach Art. 16a Abs. 3 GG	170
4.	Die Rechtsfolgen der Asylanerkennung	171
II.	Die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach §§ 3 ff. AsylG	173
1.	Der Begriff des Flüchtlings	173
2.	Die Elemente einer flüchtlingsrelevanten Verfolgung	173
a)	Der Begriff der Verfolgung	173
b)	Die Verfolgungsgründe und die Verfolgungsintensität	174
c)	Der Zeitpunkt und die Wahrscheinlichkeit der Verfolgung	175

d)	Die Besonderheiten der Gruppenverfolgung	176
e)	Der Begriff des Verfolgers	177
f)	Der Ort der Verfolgung	177
3.	Die prozessuale Durchsetzung der Zuerkennung der Flüchtlingsseigenschaft	178
4.	Die Rechtsfolgen der Zuerkennung der Flüchtlingsseigenschaft	178
III.	Die Zuerkennung subsidiären Schutzes nach § 4 AsylG	179
1.	Die Gefahr eines ernsthaften Schadens	179
2.	Der Schutz vor einer Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe	179
3.	Der Schutz vor Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung	180
a)	Die Formen einer geächteten Misshandlung	180
b)	Die Zielgerichtetheit und die Zurechenbarkeit einer Misshandlung	181
4.	Der Schutz vor Gefahren für Leib oder Leben im bewaffneten Konflikt	183
a)	Die Begriffe des internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts	184
b)	Die erhöhte allgemeine oder individuelle Gefahrenlage für Zivilisten	184
c)	Die Gefährdung durch „willkürliche Gewalt“	186
5.	Die prozessuale Durchsetzung der Zuerkennung subsidiären Schutzes	187
6.	Die Rechtsfolgen der Zuerkennung subsidiären Schutzes	187
IV.	Die Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG	188
1.	Der Schutz vor sonstigen Verletzungen der EMRK nach § 60 Abs. 5 AufenthG	188
2.	Der Schutz vor sonstigen erheblichen Gefahren nach § 60 Abs. 7 AufenthG	189
a)	Die zur Extremgefahr gesteigerte generelle Gefahrenlage	189
b)	Die zur Extremgefahr gesteigerte individuelle Gefahr	190
3.	Die prozessuale Durchsetzung der Feststellung von Abschiebungsverboten	191
4.	Die Rechtsfolgen der Feststellung von Abschiebungsverboten	191
V.	Die ablehnende Asylentscheidung und der Rechtsschutz hiergegen	192
1.	Die vollständige Antragsablehnung	192
a)	Die Zulässigkeit der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	193
b)	Die Begründetheit der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	194
c)	Das Kostenrisiko der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	196
d)	Der Klageantrag der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	196
e)	Das Rechtsmittel und der Eilrechtsschutz	197
2.	Die Ablehnung als offensichtlich unzulässig oder als offensichtlich unbegründet	197
3.	Die teilweise Antragsablehnung	200
VI.	Die Berücksichtigung von Veränderungen der Sach- oder Rechtslage	201
1.	Das Erlöschen der Schutzberechtigung nach § 72 und § 73a AsylG	201
2.	Die Rücknahme oder der Widerruf der Schutzberechtigung	202
a)	Der Widerruf der Asylberechtigung oder der Flüchtlingsseigenschaft	203
b)	Die Rücknahme der Asylberechtigung oder der Flüchtlingsseigenschaft	204

c)	Der Widerruf und die Rücknahme des subsidiären Schutzes	204
d)	Der Widerruf und die Rücknahme der Feststellung von Abschiebungsverboten	205
e)	Die Widerrufs- oder Rücknahmeentscheidung des BAMF	205
3.	Der Folgeantrag nach § 71 AsylG	206
§ 10	Das formelle Asylverfahren	210
I.	Die Einreise und der Aufenthalt zum Asylverfahren	210
1.	Die Einreise auf dem Land- oder Luftweg	210
a)	Der verfahrensabhängige Aufenthalt	211
b)	Die Einreise auf dem Landweg	212
c)	Die Einreise auf dem Luftweg	214
2.	Der Aufenthalt während des Asylverfahrens	215
a)	Die Unterbringung in einer Aufnahmeeinrichtung	215
b)	Die Änderung der räumlichen Zuweisung durch Umverteilung	217
c)	Die räumliche Beschränkung während des Asylverfahrens	217
3.	Der Lebensunterhalt während des Asylverfahrens	219
a)	Das general-präventive Erwerbstätigkeitsverbot für Asylbewerber	219
b)	Die Leistungen nach dem AsylbLG	220
II.	Der Ablauf des Asylverfahrens	223
1.	Die Vorprüfung der Zuständigkeit Deutschlands im Dublin-III-Verfahren	223
a)	Die Funktionsprinzipien des Dublin-III-Systems	224
b)	Der Rechtsschutz gegen eine Überstellungsentscheidung	229
c)	Die Funktionsgrenzen des Dublin-III-Systems	232
d)	Die innerstaatliche Zuständigkeit des BAMF	233
2.	Die sachliche Prüfung des Asylantrags im Asylverfahren	233
a)	Die Identitätsprüfung nach §§ 15 f. AsylG	233
b)	Die Antragstellung nach § 23 AsylG	236
c)	Die Anhörung nach § 25 AsylG	237
d)	Die Aufenthaltsgestattung nach § 55 AsylG und die BÜMA nach § 63a Abs. 1 AsylG	238
3.	Die Sonderregelungen für besonders Schutzbedürftige	238
a)	Die besondere Problematik von Eheleuten und Familien	238
b)	Die Handlungsfähigkeit und Vertretung Minderjähriger nach § 12 AsylG	239
c)	Die Wahrung der Familieneinheit nach § 14a AsylG	240
d)	Das Familienasyl und der Familienflüchtlingsschutz nach § 26 AsylG	241
e)	Die Rechtsstellung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge	242
aa)	Das Phänomen unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge	242
bb)	Die Sondersituation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge	243
cc)	Die amtliche Altersfeststellung bei Zweifeln an der Minderjährigkeit	244
III.	Die Besonderheiten des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens in Asylsachen	245
1.	Die Abweichungen in Verfahren vor den Verwaltungsgerichten	245
a)	Die verkürzte Klagefrist nach § 74 Abs. 1 AsylG	245
b)	Der einheitliche entscheidungserhebliche Zeitpunkt nach § 77 Abs. 1 AsylG	246
c)	Der weitgehende Ausschluss der aufschiebenden Wirkung in § 75 AsylG	246

d) Der erweiterte Einsatz von Einzelrichtern nach § 76 Abs. 1 AsylG	247
2. Die Beschränkungen der Rechtsmittel im Asylrecht	248
a) Der Ausschluss der Berufung nach § 78 Abs. 1 AsylG	248
b) Die Beschränkung der Berufungszulassungsgründe nach § 78 Abs. 3 AsylG	248
c) Der Ausschluss der Beschwerde nach § 80 AsylG	249
3. Das Beschleunigungsinstrument der Betreibensaufforderung nach § 81 AsylG	249
4. Der Ablauf eines asylrechtlichen Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht	250
a) Die Vorbereitung	250
b) Die mündliche Verhandlung	252
c) Die Nacharbeit	253
§ 11 Die Perspektiven des deutschen und europäischen Asylsystems	254
Literaturverzeichnis	259
Stichwortverzeichnis	261